



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksamt Altona

Bezirksamt Altona, Platz der Republik 1, D-22765 Hamburg

Piratenpartei Deutschland
Landesverband Hamburg
z. Hd. Herrn Paul Mehrer
Postfach 760828

22058 Hamburg

Telefon: 0151/12642184

Dezernat Wirtschaft, Bau und Umwelt

Servicezentrum

Abteilung Sondernutzung

Besucheranschrift:

Jessenstraße 1-3, Zimmer 220, 2. OG,

22767 Hamburg

Postanschrift:

Platz der Republik 1,

22765 Hamburg

Telefon 040 - 428.11 - 6233 (Vertretung)

Telefax 040 - 428.11 - 6239

Email: Petra.Lueck@altona.hamburg.de

Ansprechpartnerin:

Frau Fritz - Telefon: 040/42811-6237

Email: Monika.Fritz@altona.hamburg.de

Aktenzeichen: A/WBZ324 - Infostand

Hamburg, den 12.08.2009

ERLAUBNIS-ÄNDERUNG

nach dem Hamburgischen Wegegesetz (HWG)

Hiermit wird nach § 19 des Hamburgischen Wegegesetzes die Erlaubnis zur Sondernutzung der öffentlichen Wegefläche - *Teiländerung der Erlaubnis vom 05.08.2009*

Ottenser Hauptstraße 2-6, Hamburg (*Paul-Herxemann-Platz vor B&M*)

durch einen Informationsstand zum Thema: Bundestagswahl 2009

mit dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs am 24.09.2009 zwischen 10:00 Uhr und 21:00 Uhr

erteilt.

Der Informationsstand darf nur bestehen aus

- einem Tisch in der Größe bis zu 3,00 m x 1,00 m und zwei unmittelbar am Tisch befestigten, senkrecht auf der Wegefläche aufgestelltem, bis zu 1,00 m breiten und 1,20 m hohen Stellschildern.

Ein Lageplan liegt nicht bei.

Ein Lautsprecher ist nicht erlaubt.

Auflagen, Hinweise und Rechtsbehelfsbelehrung sind auf Seite 2 abgedruckt!

Weitere Auflagen / Hinweise

[Signature]
Lück

geändert 17/8.09

[Signature]

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Altona

Dezernat Wirtschaft, Bau und Umwelt
Jessenstraße 1-3
22767 Hamburg

1 Auflagen

- 1.1 Die Anordnungen der Wegeaufsichts- und Polizeibeamten sind unverzüglich zu befolgen.
- 1.2 Der für den Informationstisch/-bus Verantwortliche hat die Erlaubnis bei sich zu führen und den Wegeaufsichts- und Polizeibeamten auf Anforderung vorzulegen.
- 1.3 Zum Schutz der Straßenpassanten sind alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Der Fußgängerverkehr darf nicht behindert werden.
- 1.4 Der Erlaubnisinhaber hat der Freien und Hansestadt Hamburg alle Kosten zu erstatten, die ihr in Zusammenhang mit der Aufstellung und dem Betreiben des Informationstisches/-busses entstehen. Hierzu gehören auch Entschädigungs- und Schadenersatzleistungen, welche die Freie und Hansestadt Hamburg auf Grund einer Rechtspflicht erbringen muss.
- 1.5 Werden Arbeiten am Leitungsnetz erforderlich, ist die dafür benötigte Fläche freizumachen. Schadenersatzansprüche können deshalb nicht geltend gemacht werden.
- 1.6 Es ist unzulässig auf öffentlichen Wegen
 - 1.6.1 Hefte, Bücher, Schallplatten und andere Waren zu verkaufen;
 - 1.6.2 Verträge jeder Art abzuschließen oder vorzubereiten;
 - 1.6.3 Handzettel zu gewerblichen Zwecken zu verteilen;
 - 1.6.4 Hinweis- oder Werbeschilder aufzustellen, soweit sie nicht auf Seite 1 ausdrücklich vorgesehen sind.
- 1.7 Die öffentlichen Wege dürfen nicht verunreinigt werden. Nach Abbau des Standes ist der Platz in einem Umkreis von 5,0 m zu säubern.

2 Hinweise

- 2.1 Diese Erlaubnis ersetzt nicht die aufgrund anderer gesetzlicher Bestimmungen außerdem noch erforderlichen Genehmigungen; auch dann nicht wenn für deren Erteilung Dienststellen desselben Bezirksamtes zuständig sind. Öffentliche Versammlungen sind bei der Landespolizeidirektion, Führungs- und Lagedienst, Versammlungsbehörde – FLD 24, Bruno-Georges-Platz 1, 22297 Hamburg, Tel.: 040/428.66-6076 und Fax.: 040/428.66-6049 anzumelden.
- 2.2 Die Erlaubnis kann widerrufen werden, wenn die unter 1 aufgeführten Auflagen nicht erfüllt bzw. nicht beachtet werden. Schadenersatzansprüche können in diesen Fällen gegen die Freie und Hansestadt Hamburg nicht geltend gemacht werden.
- 2.3 Die Erlaubnis zur Sondernutzung kann aus Gründen des öffentlichen Interesses vorzeitig zurückgenommen werden (§ 19 Abs. 5 HWG in Verbindung mit § 41 HWG).
- 2.4 Die Erlaubnis kann nicht auf Dritte übertragen werden.
- 2.5 Die besondere Nutzung privater Verkehrsflächen (§ 25 des HWG) bedarf der Zustimmung des Grundeigentümers, die vom Erlaubnisinhaber selbst zu beschaffen ist.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Zugang schriftlich oder mündlich zur Niederschrift bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle Widerspruch einlegen.